

## **Deputationsvorlage**

### **für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) am 09.02.2012**

## **Umbau Verwaltung Infrastruktur (UVI)**

### **Sachdarstellung:**

Der Senat hat im Rahmen des weiteren Konsolidierungskurses die Einrichtung eines Programms „Umbau, Verwaltung und Infrastruktur (UVI)“ vorgesehen. Der Zweck des Programms ist der Umbau der Verwaltung, die strukturelle Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung oder die Verbesserung der städtischen Infrastruktur im Rahmen des Konsolidierungskurses. Zunächst konnten die Ressorts im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens Vorschläge anmelden. Die Gesamtsumme wurde vom Senat am 29.11.11 auf Basis von Erstbewertungen auf die Ressorts verteilt (Anlage Gesamtübersicht). Danach entfällt auf das Ressort Umwelt, Bau und Verkehr ein Budget in Höhe von 2.894 T€. SUBV hat Maßnahmen im Gesamtvolumen von 3.765 T€ angemeldet. Weitere Anteile entfallen auf SUBV, für Umstellung des Verwaltungs-PC auf Dataport, die in den Zentralpositionen bei der Senatorin für Finanzen enthalten sind. In der Sitzung des Senats am 29.11.2011 hat er die Senatorin für Finanzen gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss gemäß der erarbeiteten „Projektliste“ einen produktplanbezogenen Verteilungsvorschlag für die Realisierung von UVI-Projekten vorzulegen und ihn über die zugrundeliegenden Kriterien / Kategorisierungen zu informieren. Innerhalb dieses Programmrahmens soll eine Mittelfreigabe für ressortspezifische Projektrealisierungen nach Befassung der fachpolitischen Gremien durch den HaFA erfolgen.

Den zeitlich dringlichen Projekten ALKIS-amtliches Liegenschaftsinformationssystem und Verkehrstechnische Verbesserung von Lichtsignalanlagen hat die Deputation bereits im Rahmen der Vorlage zu den Haushaltsentwürfen 2012/2013 zugestimmt. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 9.12.2011 wurden für beide Maßnahmen den Verpflichtungsermächtigungen zum Beginn in der haushaltslosen Zeit bis April 2012 zugestimmt.

Die weiteren angemeldeten und inhaltlich als zulässig bewerteten Maßnahmen werden im Folgenden im Einzelnen dargestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt.

<b>Übersicht über die UVI-Maßnahmen des Ressorts Umwelt, Bau und Verkehr</b>			
<b>Maßnahme</b>	<b>Kategorie</b>	<b>Budget UVI</b>	<b>Bemerkung</b>
ALKIS-Einführung	Optimierte Prozesse/IT-Fachverfahren	647.500	bereits beschlossen
Verkehrstechnische Verbesserung von Lichtsignalanlagen		1.800.000	bereits beschlossen
Beschaffung einer neuen Wohngeldsoftware	Optimierte Prozesse/IT-Fachverfahren	143.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
GDI-FHB - Aufbau von Netzdiensten für alle Ressorts	Optimierte Prozesse/IT-Fachverfahren	410.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
Vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem (VBORIS)	Optimierte Prozesse/IT-Fachverfahren	35.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
BürgertelefonBremen - 2-nd-Level-Dienstleistungen	Effizienter Bürgerservice	50.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
Erweiterung des Systems der elektronischen Vergabe	Einkauf und Vergabe	160.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
Dienstliche Mobilität in der bremischen Verwaltung: Komfortabel, intelligent, nachhaltig	Umweltfreundliche Technik / sichere Stadtinfrastruktur und Aufgabenwahrnehmung	65.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
Umsetzung Leitbild, Unterstützung der laufenden Arbeiten für ein ressortübergreifendes Abstimmungs- und Umsetzungsmodell	Wirkungsorientierung durch Ressort-Zusammenarbeit	100.000	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
Konsolidierung der beim SUBV eingesetzten Geoinformationssysteme (GIS)	Optimierte Prozesse/IT-Fachverfahren	54.600	in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten
Shared Space / Begegnungszonen Moderationsverfahren		300.000	nicht in Übersicht Senatsvorlage 29.11.11 enthalten, nachgemeldet
<b>Summe</b>		<b>3.765.100</b>	
<b>Budget gem. Senatsvorlage v. 29.11.11</b>		<b>2.894.118</b>	
Differenz		870.982	

Zur Einhaltung des Programmrahmens ist trotz der o.g. Überbuchung keine Projektstreichung erforderlich. Neben der Überprüfung des Volumens im Rahmen der Feinplanung besteht die Möglichkeit der anteiligen Finanzierung durch ÖPNVG-Mittel und GVFG-Mittel bei der Maßnahme Verkehrstechnische Verbesserung von Lichtsignalanlagen, um eine auftretende Lücke zu schließen. Dies wird das Ressort im Rahmen des regelmäßigen Controllings erneut berichten. Für die noch nicht beschlossenen Projekte gilt, dass die Mittel zunächst gesperrt sind und erst nach Beschluss der Fachdeputation abschließend vom Haushalts- und Finanzausschuss freigegeben werden.

Im Einzelnen:

### **1. Beschaffung einer neuen Wohngeldsoftware:**

#### **Beschreibung:**

Bei der derzeit verwendeten Software handelt es sich um eine 12 Jahre alte Eigenentwicklung der damaligen ID-Bremen. Der hohe Aktualisierungs- und Personalbedarf kann durch die Beschaffung eines neuen Programms erheblich verringert werden. Eine neue Wohngeldsoftware verbessert die Aufgabenwahrnehmung erheblich, da viele Aufgaben wie z.B. Ausarbeitung von Programmvorgaben, die Erstellung von Feinkonzepten, die Durchführung von Programmtests, die Ermittlung von Fehlerursachen und die Durchführung von Programmoptimierungen nicht von Dataport erledigt werden, die sich allein auf die technische Umsetzung/Programmierung beschränkt. Diese Aufgaben mussten bisher mit eigenem Personal durchgeführt werden. Bei neuen Programmen wird dies grundsätzlich über die Supportverträge abgedeckt sein. Dies führt zu Personaleinsparungen. Anpassungen an Standardsoftware sind auf längere Sicht problemlos möglich. Die Abhängigkeit von anderer kostenpflichtiger Software wie z.B. Oracle kann beendet werden.

Eine neue Wohngeldsoftware kann helfen, durch kürzere Reaktionszeiten die Bearbeitungszeiten zu verringern, da das alte Programm durch die zahlreichen Anpassungen immer langsamer und weniger stabil läuft.

Kosten:

UVI:

Es entstehen einmalige Lizenzkosten von 51 T€ und einmalige Einrichtungskosten von 60 T€. Zusätzlich wird für die Unterstützung von Dataport bei der EU-weiten Ausschreibung 32 T€ benötigt.

Ressort:

Für Wartung und Support werden laufend rd. 19 T€ p.a. benötigt.

Wirtschaftlichkeit:

Die Umstellung der Wohngeldsoftware ist betriebswirtschaftlich mit einem erheblichen Barwertvorteil rentabel.

## **2. GDI-FHB – Aufbau von Netzdiensten für alle Ressorts:**

Beschreibung:

Gemäß Geodatenzugangsgesetz sind geodatenhaltende Stellen zur Bereitstellung ihrer Geodaten gemäß INSPIRE-Richtlinie verpflichtet. Diese Verpflichtung tangiert praktisch alle Ressorts. Mit der Entscheidung des Lenkungsgremiums GDI-FHB, diese Dienste nur einmal für das Land Bremen und nicht durch jede geodatenhaltende Stelle oder jedes Ressort aufzubauen und zu betreiben, wird der für das Land Bremen kostengünstigste Weg eingeschlagen. Mit der Herstellung und dem Betrieb dieser zentralen Bereitstellungs- und Download-Dienste soll GeoInformation Bremen als verwaltungsinterner Dienstleister und zurzeit einziger interner GDI-Know-How-Träger beauftragt werden. Wirtschaftlichkeitseffekte ergeben sich nicht nur dadurch, dass die Dienste nur einmal eingerichtet und betrieben werden, sondern auch dadurch, dass das dafür erforderliche Know-How nicht in allen betroffenen Dienststellen vorgehalten werden muss. Sind die Dienste und die Daten im Sinne von INSPIRE erst einmal verfügbar, können sie auch für konzerninterne Zwecke ressortübergreifend genutzt werden.

Synergien für die Verwaltungen:

1. Eine zentrale Infrastruktur bündelt Dienstleistungen, die andernfalls von jeder datenhaltenden Stelle allein erbracht werden müssten.
2. Ressourceneinsparungen durch die offensive Nutzung bereits vorhandener Geodaten und damit Vermeidung von Mehrfacherfassungen gleicher oder ähnlicher Informationen
3. Entlastung der Fachverwaltungen von Standardanfragen und –Berichten.
4. Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung insbesondere in den „technikfernen“ Ressorts
5. Verbesserung der Entscheidungsprozesse durch Zugriffe auf Daten anderer Dienststellen "just-in-time". Die Prozessqualität wird durch die Verbesserung von Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit zentraler Systeme erhöht.

Für die Wirtschaft wird der unbürokratische Zugriff auf Geodaten erleichtert, sofern keine gesetzlichen Gründe dagegen stehen.

#### Kosten:

Es entstehen die folgenden Kosten:

<b>Abschätzung gemeinsame Fachverfahren der GDI-FHB</b>	<b>2012 einmalig</b>	<b>2012 * Betrieb</b>	<b>2013 Betrieb</b>
INSPIRE-Netzdienste Darstellungsdienste (auf Basis der Software des Testbeds)	40.000 €	38.500 €	66.000 €
INSPIRE-Netzdienste Downloaddienste	57.000 €	42.000 €	69.500 €
Transformation gemäß INSPIRE-Datenspezifikation	67.000 €	15.000 €	15.000 €
Sachkosten	164.000 €	95.500 €	150.500 €
Personalkosten bei GeoInformation für o.g. Projekte	29.000 €	34.000 €	59.000 €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>193.000 €</b>	<b>129.500 €</b>	<b>209.500 €</b>

\* anteilige Betriebskosten, Inbetriebnahme geplant 6/12

Die Personalkosten werden vom Ressort getragen.

#### Wirtschaftlichkeit:

Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ergibt erhebliche Kostenvorteile, wenn die Dienste nur einmal und nicht in allen betroffenen Ressorts betrieben werden müssen. Die weiteren Synergie-Effekte werden in der Betrachtung nicht berücksichtigt, weil sie wegen der breiten Betroffenheit nahezu aller Ressorts schwierig zu quantifizieren sind.

### **3. Vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem (VBORIS):**

#### Beschreibung:

Es ist geplant, Bremen in das bundesweit betriebene "vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem (VBORIS)" zu integrieren. Aus Kostengründen ist kein eigenständiges Bremer System geplant, sondern eine Einbindung in das bereits existierende VBORIS in Niedersachsen. Ziel ist es, die bisher telefonisch erteilten Bodenrichtwertauskünfte automatisiert über das Online basierte VBORIS laufen zu lassen.

#### Kosten:

Es fallen Kosten in Höhe von ca. 35 T€ im Jahr 2012 an, die Niedersachsen Bremen in Rechnung stellen wird.

#### Wirtschaftlichkeit:

Die Maßnahme stellt sich durch die erhebliche Reduzierung von telefonischen Auskünften wirtschaftlich dar.

### **4. Bürgertelefon Bremen (BTB) - 2-nd-Level-Dienstleistungen**

#### Beschreibung:

Das BTB wurde mit dem Ziel eingerichtet, die telefonische Erreichbarkeit der Behörden zu verbessern und die Dienststellen durch Beantwortung von Regelanfragen zu entlasten. SUBV hat in der bestehenden Datenbank bereits 49 Dienstleistungen für die Beauskunftung durch das BTB auf dem 1st-Level-Niveau beschrieben. Weitere Beschreibungen folgen in 2011/2012. Das BTB bietet den Ressorts zudem 2nd-Level-Dienstleistungen an, die ab 2012 dezentral zu finanzieren sind. Das BTB soll durch die Zentralisierung von Dienstleistungen einen Beitrag dazu leisten, dass die Ressorts ihre Einsparvorgaben insbesondere im Personalbereich erfüllen können. Die Stadtplanung/Bauordnung (Bauaktenarchiv u. Planservice) ist als Pilotbereich für 2nd-Level-Dienstleistungen benannt. Relevante Vorarbeiten sind bereits erfolgt, die Umsetzung erfolgt aktuell für einzelne Arbeitseinheiten schrittweise und wird jeweils für mind. 1/2 Jahr erprobt. Nach einer Evaluation soll letztlich über eine Verstärkung der 2nd-Level-Leistungen entschieden werden.

#### Kosten:

Der Aufwand für die BTB-Dienstleistung soll von Performa minutengerecht abgerechnet werden (voraussichtlich 1 € pro Minute). Es wird bei der Annahme von 850 Anrufen monatlich von Kosten in Höhe rd. 50 T€ für 2 Jahre Pilotbetrieb ausgegangen.

Wirtschaftlichkeit:

Die Maßnahme ist durch Zeitersparnis bei den Mitarbeitern der Fachabteilungen durch wegfallende Anrufe als wirtschaftlich zu betrachten.

## **5. Erweiterung des Systems der elektronischen Vergabe**

Beschreibung:

Die Anwendung der E-Vergabe soll auf weitere Dienststellen ausgeweitet werden. Vorgesehen ist, das Amt für Straßen und Verkehr und den Umweltbetrieb Bremen in die Lage zu versetzen, an dem System teilzunehmen. Das Gesamtsystem der elektronischen Auftragsvergabe ist eine zentrale Anwendung, die von der Senatorin für Finanzen betrieben und zentral finanziert wird.

Davon unabhängig müssen die Stellen, die an dem System partizipieren wollen, sich selbst organisieren und sich in die Lage versetzen, an dem System teilnehmen zu können.

Dazu gehört, dass die ggf. optimierten Arbeitsabläufe in einen elektronischen Workflow umgesetzt werden. Dies bedarf der Beauftragung des Herstellers, Administration Intelligence AG, Würzburg, mit der Definition, Programmierung und Einführung des Workflows.

Kosten:

Aus den Erfahrungen anderer teilnehmender Stellen ist dafür pro Dienststelle ein Anfangsbedarf von ca. 50.000 € zu erwarten und ein weiterer Anpassungs- und Pflegebedarf von 30.000 €. Ein Anpassungsbedarf ist erkennbar, da das Vergaberecht (Vergabe- und Vertragsordnungen – VOB, VOL, VOF, Brem. Tariftreue- und Vergabegesetz) sich in absehbarer Zeit ändern wird.

Wirtschaftlichkeit:

Es wird aus den Erfahrungen bei Immobilien Bremen erwartet, dass mittelfristig eine Personalreduzierung bei unterstützenden Tätigkeiten (kopieren, Versand, Aktentransport, Angebotsprüfung) eintreten wird. Die Auswirkungen werden mit jährlich ca. 20.000 € (1/2 BV) eingeschätzt. Die Einspareffekte werden zeitversetzt eintreten, da zunächst umfangreiche Systemtest erforderlich sind.

## **6. Dienstliche Mobilität in der bremischen Verwaltung: Komfortabel, intelligent, nachhaltig**

Beschreibung:

Es wird vorgeschlagen, mittels einer externen Auftragsvergabe die Voraussetzungen für die Einführung eines IT-gestützten ressortweiten Mobilitätsmanagements zu schaffen.

Die Koalitionsvereinbarung sieht für die dienstliche Mobilität eine verstärkte Nutzung von Fahrrädern, CarSharing und umweltfreundlichen Mobilitäts- und Logistikdienstleistungen sowie ein Projekt zur Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz des städtischen Fuhrparks und des Fuhrparkmanagements vor.

Status quo: Hinsichtlich der konkreten Nutzung der unterschiedlichen Mobilitätsarten für dienstliche Zwecke durch die Mitarbeiter/innen der bremischen Verwaltung gibt es keine Haushalt und Umwelt berücksichtigende Datenerhebung und -zusammenführung. Die Fahrdaten und Kostenstrukturen werden nicht systematisch ausgewertet und im Hinblick auf Optimierungspotenziale analysiert. In Einzelfällen, bei SUBV regelmäßig, wurde in der Vergangenheit eine Auslastungsanalyse der Dienstfahrzeuge durchgeführt oder die Umweltwirkung von Dienstreisen erhoben. Insgesamt mangelt es an einer aktiven, ressortübergreifenden

Strategie zur Steuerung der dienstlichen Mobilität, die die ressortspezifischen Anforderungen berücksichtigt.

Projektbestandteile: Statistische Erhebung und Auswertung des Status quo der dienstlichen Mobilität in der bremschen Verwaltung, Erstellung einer Mobilitätsstatistik mit Ermittlung der Auslastung der Fahrzeuge sowie die (Fehl-)Anreize der bisherigen Praxis, Identifikation der Optimierungspotenziale (u.a. tatsächlicher Fahrzeugbedarf und poolfähige Fahrzeuge), Entwicklung von Vorschlägen für die Einführung eines ressortübergreifenden, IT-unterstützten Mobilitätsmanagements (Pooling-Lösung für Dienstfahrzeuge), neue Nutzungsstrategien, Software-Lösung für das Fuhrparkmanagement, Anreize zur Förderung umweltfreundlicher Mobilitätsformen, Konkretisierung der ökonomischen und ökologischen Entlastungs- und Einsparpotenziale der einzelnen Maßnahmen.

Kosten:

Für Beraterkosten fallen rd. 65 T€ an.

Wirtschaftlichkeit:

Laut einer Studie, die der SUBV 2010 im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramms 'effizient mobil' in Auftrag gegeben hat, beläuft sich das Einsparpotenzial, bezogen auf alle Mobilitätsarten in diesem Ressort, auf 10%; die CO<sub>2</sub>-Reduktion wird mit 15% beziffert. Über alle Bremer Behörden, Ämter, Gesellschaften und Eigenbetriebe hinweg wird bei einer Pooling-Lösung die Kostenreduzierung auf bis zu 20% geschätzt. Allein die Auswertung der Mobilitätsdaten bei SUBV hat zur Reduktion der Autoflotte geführt.

## **7. Umsetzung Leitbild, Unterstützung der laufenden Arbeiten für ein ressortübergreifendes Abstimmungs- und Umsetzungsmodell**

Beschreibung:

Die ressortübergreifende Steuerungsrunde Leitbild hat im November 2010 um die Erarbeitung eines ressortübergreifenden Abstimmungs- und Umsetzungsmodells zur Bündelung der Leitbildhandlungsfelder auf teilräumlicher Ebene im „Bremer Westen“ gebeten. Durch neue Kooperationsformen sollen Synergien erzielt werden, um einen optimalen Einsatz der in den verschiedenen Ressorthaushalten enthaltenen Mittel zu erreichen.

Das Projekt geht von der These aus, dass es gerade in Konsolidierungszeiten erforderlich ist, den Dialog mit allen Beteiligten zu suchen, die an der Gestaltung des Lebens im Sozialraum teilhaben und die im Sozialraum vorhandenen Potentiale zu heben und fortzuentwickeln.

Nach einer ersten Sitzung der ressortübergreifenden AG Bremer Westen in diesem Sommer wurden 4 Vertiefungs-AGs zu den Themen Talente, Wirtschaft, Nachbarschaften, Quartier, Stadtteile, Bürgerstadt, Governance installiert:

Aufgabe der Vertiefungs-AGs ist es, sich für das jeweilige Themencluster mit folgenden Punkten auseinanderzusetzen:

- Definition des Kernproblems/Festlegung von Zielen
- Ermittlung von vorhandenen oder noch zu hebenden Potenzialen (Infrastrukturen, Projekte, Gruppen) im Sozialraum
- Benennung von Hebelwirkungen und Impulsfunktionen für den Bremer Westen
- Entwicklung von bis zu vier strategischen Zielen, die in das zu entwickelnde Handlungskonzept für den Bremer Westen einfließen sollten.
- Einigung auf zentrale Qualitätskriterien für die künftigen Interventionen, Infrastrukturen und Projekte im Bremer Westen
- Festlegung weiterer einzubeziehender Akteure

Das ressortübergreifende Arbeitsprogramm soll in Modulen mit externer Unterstützung umgesetzt werden.

#### Kosten:

- Erarbeitung, Gestaltung und Druck eines ressortübergreifenden Handlungskonzeptes auf Basis der Ergebnisse der Vertiefungs-AGs durch ein externes Büro  
Betrag 15.000 €
  - Dialog mit Bürgerinnen, Bürgern und Beiräten in Themenworkshops.  
Betrag 25.000 €
  - Öffentlichkeitswirksamer Wettbewerb zur Identifizierung, Belobigung und Förderung von beispielhaften Kooperationsprojekten zur Verbesserung des Images und Entwicklung des „Bremer Westens“  
Betrag 35.000 €
  - Kleine Reformmanufaktur West.  
Konzeptionierung, Moderation, Durchführung und Auswertung einer ressortübergreifenden Kooperation zur Optimierung des Mitteleinsatzes in einem von benachteiligten Strukturen geprägten Modellquartier des Bremer Westens  
Betrag 25.000 €
- Gesamtbetrag 100.000 €

#### Wirtschaftlichkeit:

Eine konkrete Wirtschaftlichkeitsuntersuchung kann nicht vorgelegt werden. Es ist jedoch zu erwarten, dass das Projekt Handlungsansätze erarbeiten wird, die unter anderem zur Effizienz der Aufgabenerledigung sowie zur Steigerung der Bürgernähe beitragen und in den Folgejahren zur Entlastung des Haushalts beitragen können bzw. die Wirksamkeit von Maßnahmen steigert.

### **8. Konsolidierung der beim SUBV eingesetzten Geoinformationssysteme (GIS)**

#### Beschreibung:

Das Projekt "Konsolidierung der beim SUBV eingesetzten Geografischen Informationssysteme (GIS)" hat das Ziel, den Einsatz von GIS, der in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnenen hat, in Bezug auf Arbeitsabläufe und Aufgaben der existierenden GIS-Arbeitsbereiche zu optimieren, um Redundanzen zu verringern und Synergien zwischen den verschiedenen Arbeitseinheiten zu schaffen. Dazu sollen die Optimierungspotenziale der verschiedenen GIS-Einsatzbereiche und der GIS-Infrastruktur identifiziert und Handlungsoptionen für einen vereinheitlichten und nachhaltigen GIS-Einsatz für SUBV entworfen werden. Die beim SUBV verwendete GIS-Infrastruktur, sollte - ebenso wie andere IT-Infrastrukturen - gepflegt und weiterentwickelt werden, um einen nachhaltigeren Nutzen sowohl für die Anwender und Anwenderinnen von GIS als auch in Bezug auf einen wirtschaftlichen Einsatz zu erreichen.

Methodisch werden u.a. folgende Parameter quantitativ und qualitativ erhoben: Art und Anzahl der eingesetzten GIS-Software, der GIS-Lizenzen, der GIS-Anwendungen (Web-Map-Server und Geodatenbanken, Anwendungen, GIS-User). Darüber hinaus werden in Expertengesprächen mit den GIS-Anwenderinnen und -Anwendern die Einsatzbereiche von GIS, Arbeitsabläufe (z.B. vorhandene oder fehlende Schnittstellen oder Daten, Stärken und Schwächen der verwendeten Systeme) und die gemeinsamen und speziellen Anforderungen der Anwenderinnen und Anwender an die eingesetzten GIS-Anwendungen erfasst.

Auf der Grundlage der erhobenen Parameter und der Ergebnisse der Expertengespräche werden abschließend gemeinsam mit den GIS-Experten die möglichen Optimierungspotenziale z.B. im Hinblick auf Redundanzen bei der Nutzung der vorhandenen GIS-Infrastruktur oder auf potenzielle „Flaschenhälse“ ermittelt und daraus innerhalb des Projektes Handlungsempfehlungen zum nachhaltigen und wirtschaftlichen Einsatz von GIS beim SUBV entwickelt. Der methodische Ansatz, die Analyse der zu erhebenden Daten und die Auswer-

tungsmatrix sollen dabei möglichst so angelegt sein, dass Erhebungs- und Auswertungsschemata für andere Ressorts übertragbar angewendet werden können.

Kosten:

Es entstehen Kosten für ½ Stelle TVL 11 für die Dauer von zwei Jahren in Höhe von 54.600 €.

Wirtschaftlichkeit:

Die geschätzte Anzahl der Fachanwender, die Desktop-GIS/GIS-basierte Fachverfahren beim SUBV nutzen, beträgt derzeit ca. 80. Darüber hinaus werden beim SUBV vier große datenbankbasierte GIS-Fachanwendungen betrieben (Bodenschutz, Naturschutz, Oberflächengewässerschutz und Stadtentwicklung/-planung, Bauordnung). Die Anzahl der Personen, die auf diese komplexen GIS-Fachverfahren zugreifen, beträgt ca. 55. Ziel des Projektes ist es, dass gleich viele oder mehr GIS-Fachverfahren bei geringerer Mitarbeiterzahl betrieben und supported werden können.

Durch vereinheitlichte und dadurch besser zu wartende GIS-Software (Mehrfachlizenzen an Stelle von Einzelplatzlizenzen und Erweiterung des zentralen GIS-Lizenzservers), entstehen insgesamt weniger Kosten durch technische Fehler (downtime) und effizientere Supportmöglichkeiten.

Durch eine Vereinheitlichung und Zentralisierung können Entwicklungs- und Pflegekosten und der Administrationsaufwand um 75% reduziert werden. Ziel ist hier, das erweiterte Leistungsspektrum bei konstanten oder sinkenden Kosten dar zu stellen.

## **9. Shared Space / Begegnungszonen Moderationsverfahren**

Beschreibung:

Seitens des Senats und der Bürgerschaft wurde ein breit angelegtes Abstimmungsverfahren für das Modellprojekt Shared Space / Begegnungszonen eingefordert. Shared Space, übersetzt etwa „gemeinsam benutzter Raum“ bezeichnet eine Verkehrsphilosophie, nach der vom Verkehr dominierter öffentlicher Straßenraum lebenswert, sicher sowie im Verkehrsfluss verbessert werden soll. Sie setzt auf gegenseitige Verständigung der Verkehrsteilnehmer. Das entscheidene Merkmal ist, dass niemand Vorrecht hat, dass z.B. Verkehrszeichen und Signalanlagen nicht mehr nötig sind und die herkömmliche Trennung der verschiedenen räumlichen Funktionen weitestgehend aufgehoben wird. Das Moderationsverfahren soll jetzt durchgeführt werden. Dieses erstmalig in Bremen durchgeführte Moderationsverfahren wird aufschlussreich und richtungsweisend für später anschließende Verfahren gleicher oder ähnlicher Art sein.

Nach Durchführung des Moderationsverfahrens wird eine entsprechende Evaluation dieses Pilotprojektes vorgenommen und entsprechende Berichte und Empfehlungen für die Durchführung weiterer ähnlicher Verfahren abgegeben.

Kosten:

Es wird von einem Kostenrahmen in Höhe v. ca. 300 T€ ausgegangen.

Wirtschaftlichkeit:

Die Wirtschaftlichkeit der Entwicklung und Begleitung der beschriebenen neuen Verkehrsführung „Shared-Space“ lässt sich in einer Kosten-Nutzen-Analyse darstellen, wobei beachtet werden muss, dass die einzelnen Nutzen nur mit sehr hohem Aufwand quantifizierbar sind. Zudem handelt es sich um Nutzen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Unter anderem



können folgende Nutzen durch die Umsetzung von Shared-Space-Projekten angeführt werden:

- Geringere Betriebskosten: nicht mehr vorhandene LSA und Schilder erzeugen keine Wartungskosten mehr
- Geringere Schadstoff-/Klimabelastung durch weniger Staus (gerade vor dem Hintergrund der CO<sub>2</sub>-Ziele Bremens).
- Geringeres Unfallgeschehen (und somit weniger Produktionsausfall, weniger medizinische Kosten, weniger Polizeieinsatzkosten u.ä.)

### **Beschlussvorschläge:**

- 1) Die **Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L)** stimmt den in der Vorlage dargestellten UVI Maßnahmen Ziffer 1 – 9 und deren Finanzierung und einer anteiligen Finanzierung der Maßnahme Verkehrstechnische Verbesserung von Lichtsignalanlagen durch ÖPNVG- und GVFG-Mittel zu.
  
- 2) Die **Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)** stimmt den in der Vorlage dargestellten UVI Maßnahmen Ziffer 1 - 9 und deren Finanzierung und einer anteiligen Finanzierung der Maßnahme Verkehrstechnische Verbesserung von Lichtsignalanlagen durch ÖPNVG- und GVFG-Mittel zu.

**Anlagen: Gesamtübersicht UVI-Budgets, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen**

## Anlage Gesamtübersicht UVI-Budgets

<b>Ressortanteile UVI nach Abzug der rechnerischen Überbuchung</b>		
	<b>in Tsd. €</b>	<b>%- Anteil</b>
PPL 03 - Senatskanzlei	151	0,30%
PPL 05 - Bevollmächtigte beim Bund	120	0,24%
PPL 07 - Inneres	3.198	6,40%
PPL 11 - Justiz	2.644	5,29%
PPL 21 - Bildung	6.561	13,12%
PPL 22 - Kultur	1.134	2,27%
PPL 24 - Wissenschaft	2.276	4,55%
PPL 41 - Soziales	1.466	2,93%
PPL 68 - Bau, Umwelt und Verkehr	2.894	5,79%
PPL 71 - Wirtschaft	5.822	11,64%
PPL 81 - Häfen	1.075	2,15%
PPL 91 - Finanzen (Fachressort)	255	0,51%
PPL 91 - Finanzen (Querschnitt)	3.442	6,88%
PPL 96 - IT-Ausgaben der FHB	13.995	27,99%
Kommunaler Anteil Bremerhaven	4.967	9,93%
<b>Summe</b>	<b>50.000</b>	<b>100,00%</b>

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Beschaffung einer neuen Wohngeldsoftware

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  betriebswirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  Risikoanalyse für ÖPP/PPP  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2013

Betrachtungszeitraum (Jahre): 7

Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,5 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Beschaffung der neuen Software	1
2	Nichtbeschaffung der neuen Software	2
n		

### Ergebnis

**Die Beschaffung einer neuen Wohngeldsoftware hat einen Barwertvorteil von 1,57 Mio. € gegenüber des bisherigen Altverfahrens.**

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

06/2013		n.
---------	--	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Kennzahl
1	Erfolgreicher Einrichtung der neuen Software	Einsparung
2		
n		

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

## Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Betrachtung neue Wohngeldsoftware

Diskontierungszinssatz gem. SIF 4,5 %  
 Preissteigerungsrate gem. SIF 2,0 %

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Periode	1	2	3	4	5	6	7
Diskontierungsfaktor	1,00000	0,95694	0,91573	0,87630	0,83856	0,80245	0,76790

### Kosten jetziges Verfahren BreWog

zusätzliches Personal (2 Personen)	139.433	142.222	145.066	147.967	150.927	153.945	157.024
jährliche Anpassungen	118.000	120.360	122.767	125.223	127.727	130.282	132.887
Oracle-Datenbank	20.000	20.400	20.808	21.224	21.649	22.082	22.523
Summe	277.433	282.982	288.641	294.414	300.302	306.308	312.435
Barwerte	277.433	270.796	264.317	257.994	251.822	245.798	239.917
<b>Summe Barwerte</b>	<b>1.808.077</b>						

### Kosten neues Programm

einmalige Lizenzkosten	51.000	0	0	0	0	0	0
einmalige Einrichtungskosten	60.000	0	0	0	0	0	0
Kosten für Unterstützung durch Dataport	32.000						
Wartung und Support	19.000	19.380	19.768	20.163	20.566	20.978	21.397
Summe	162.000	19.380	19.768	20.163	20.566	20.978	21.397
Barwerte	162.000	18.545	18.102	17.669	17.246	16.833	16.431
<b>Summe Barwerte</b>	<b>266.826</b>						

<b>Barwertvorteil des neuen Programms</b>	<b>1.541.251</b>
---	------------------

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Fachverfahren GDI-FHB – Aufbau von Netzdiensten für alle Ressorts

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  betriebswirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  Risikoanalyse für ÖPP/PPP  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2012

Betrachtungszeitraum (Jahre): 3 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Zentraler Aufbau der Netzdienste	1
2	Dezentraler Aufbau Netzdienstet	2
n		

### Ergebnis

**Für die gemäß INSPIRE-Richtlinie aufzubauende Geodateninfrastruktur müssen von den geodatenhaltenden Stellen in der bremischen Verwaltung Netzdienste (Darstellungsdienst und Downloaddienst) aufgesetzt und betrieben werden, um ihre Geodaten INSPIRE-konform im Internet verfügbar zu machen. Von dieser Verpflichtung sind praktisch alle Ressorts betroffen. Die Ressorts und der Magistrat Bremerhaven haben sich aus Gründen der Wirtschaftlichkeit im Lenkungsgremium GDI-FHB darauf verständigt, diese Aufgabe zentral zu erledigen („eine Lösung für alle“). Die erwarteten Einsparungen gegenüber der dezentralen Lösung bei den Sach- und Personalkosten bewegen sich im Bereich von rd. 1 Mio EUR pro Jahr.**

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2013	2015	n.
---------	------	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Kennzahl
1	Betrieb des Darstellungsdienstes funktioniert	keine
2	Betrieb des Downloaddienstes funktioniert	keine
n	Transformation der Daten im INSPIRE-konformen Zeitschema	INSPIRE-Soll/Ist-Vergleich

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:  
Ausführliche Begründung

--

## Wirtschaftlichkeitsbetrachtung GDI

Diskontierungszinssatz gem. SIF 4,5 %  
 Preissteigerungsrate gem. SIF 2,0 %

Beträge in €	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Periode	1	2	3	4	5	6	7	8
Diskontierungsfaktor	1,00000	0,95694	0,91573	0,87630	0,83856	0,80245	0,76790	0,73483

### Variante "zentrale Lösung"

Darstellungsdienst	78.500	66.000						
Downloaddienst	99.000	69.500						
Transformation der Daten	82.000	15.000						
Personalkosten	63.000	59.000						
Summe	322.500	209.500	0	0	0	0	0	0
Barwerte	322.500	200.478	0	0	0	0	0	0
<b>Summe Barwerte</b>	<b>522.978</b>							

### Variante "dezentrale Lösung"

Darstellungsdienst	560.000	462.000						
Downloaddienst	539.000	490.000						
Transformation der Daten	82.000	15.000						
Personalkosten	350.000	175.000						
Summe	1.531.000	1.142.000	0	0	0	0	0	0
Barwerte	1.531.000	1.092.823	0	0	0	0	0	0
<b>Summe Barwerte</b>	<b>2.623.823</b>							

<b>Barwertvorteil</b>	<b>-2.100.844</b>
-----------------------	-------------------

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem (VBORIS)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  betriebswirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  Risikoanalyse für ÖPP/PPP  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2012

Betrachtungszeitraum (Jahre): 7

Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,5 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einführung des VBORIS durch Integration in das niedersächsische System	1
2	Einführung des VBORIS durch Eigenentwicklung	2
n		

### Ergebnis

**Der Vorteil der Einführung des VBORIS ist die spürbare Entlastung der Auskunft. Die monetäre Entlastungswirkung für die Zukunft stellt sich mit 16 T€ p.a. dar.**

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

06/2014		n.
---------	--	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Kennzahl
1	Erfolgreicher Einrichtung des neuen Auskunftssystems	Einsparung
2		
n		

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

## Wirtschaftlichkeitsbetrachtung VBORIS

Diskontierungszinssatz gem. SIF 4,5 %  
 Preissteigerungsrate gem. SIF 2,0 %

Beträge in €	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Periode	1	2	3	4	5	6	7	8
Diskontierungsfaktor	1,00000	0,95694	0,91573	0,87630	0,83856	0,80245	0,76790	0,73483

### Einsparungen Arbeitszeit durch telefonische Beauskunftung

5.500 Auskünfte à 3min (Std-Satz 58€)	0	-7.975	-16.269	-16.594	-16.926	-17.265	-17.610	-17.962
Barwerte	0	-7.632	-14.898	-14.542	-14.194	-13.854	-13.523	-13.199
<b>Summe Barwerte Einsparungen</b>	<b>-91.841</b>							

### Ausgaben

Einbindung Bremens	35.000	0	0	0	0	0	0	0
Aktualisierung der Daten		3.000	3.060	3.121	3.184	3.247	3.312	3.378
Summe	35.000	3.000	3.060	3.121	3.184	3.247	3.312	3.378
Barwerte	35.000	2.871	2.802	2.735	2.670	2.606	2.543	2.483
<b>Summe Barwerte Ausgaben</b>	<b>53.710</b>							

<b>Gesamtsumme Barwerte</b>	<b>-38.131</b>
-----------------------------	----------------



Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Projekt Bürgertelefon Bremen (BTB) – 2nd-Level-Dienstleistungen beim SUBV

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  betriebswirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  Risikoanalyse für ÖPP/PPP  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2012

Betrachtungszeitraum (Jahre): 8

Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,5 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung des Projektes	1
2	Beibehaltung der Ausgangssituation	2
n		

### Ergebnis

Die beschriebenen Maßnahmen sollen neben der Erhöhung der Dienstleistungsqualität einen Beitrag zur Einhaltung der PEP-Vorgaben der SfF leisten. Den Kosten für die 2nd-Level-Dienstleistungen stehen mögliche Personaleinsparungen gegenüber. Bei 850 Anrufen monatlich bei durchschnittlich 8 Minuten Zeitersparnis ist von einer Einsparung von 80% eines Stellenvolumens auszugehen. Bei durchschnittlichen Personalkosten in Höhe von 72.000 Euro jährlich für die entsprechenden Vergütungs-/Besoldungsgruppen (1 VZÄ A10 inkl. Arbeitsplatzpauschale und Gemeinkosten) liegen die Kosten für die 2nd-Level-Dienstleistungen bereits wesentlich unter den Personalkosten. Der erwartete Einspareffekt liegt bereits im Jahre 2012 bei 27.000 Euro.

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

2013		
------	--	--

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Kennzahl
1	Personaleinsparung	Einsparung
2		
n		

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

**Wirtschaftlichkeitsbetrachtung BürgertelefonBremen**

Diskontierungszinssatz gem. Sff 4,5 %  
Preissteigerungsrate gem. Sff 2,0 %

Beträge in €	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Periode	1	2	3	4	5	6	7	8
Diskontierungsfaktor	1,00000	0,95694	0,91573	0,87630	0,83856	0,80245	0,76790	0,73483

**Einsparungen durch Wegfall "Auskunft durch Mitarbeiter"**

80% eines Stellenvolumens (72.000€)	-57.600	-58.752	-59.927	-61.126	-62.348	-63.595	-64.867	-66.164
Barwerte	-57.600	-56.222	-54.877	-53.564	-52.283	-51.032	-49.811	-48.619
<b>Summe Barwerte</b>	<b>-424.008</b>							

**Kosten BTB**

850 Anrufe monatlich	30.600	31.212	31.836	32.473	33.122	33.785	34.461	35.150
Barwerte	30.600	29.868	29.153	28.456	27.775	27.111	26.462	25.829
<b>Summe Barwerte</b>	<b>225.254</b>							

<b>Barwertvorteil des neuen Programms</b>	<b>-198.754</b>
---	-----------------

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Elektronischer Workflow für das Amt für Straßen und Verkehr und Umweltbetrieb Bremen, Teilnahme am elektronischen Vergabesystem

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  betriebswirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  Risikoanalyse für ÖPP/PPP  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2012

Betrachtungszeitraum (Jahre): 8 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	keine	
2		
n		

### Ergebnis

**Bei einem gesamten Mitteleinsatz von 160.000 € wird sich die Investition bis 2019 amortiert haben. Es wird eine Reduzierung des Beschäftigungsvolumen um 1/2 BV ab 2015 erwartet.**

Weitergehende Erläuterungen

Die Einsparungen durch Reduzierung des Beschäftigungsvolumens wird dauerhaft anhalten.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2014	2. 2019	n.
---------	---------	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Kennzahl
1	Workflow ist betriebsbereit und im flächendeckenden Einsatz	
2	Personalaufwand wurde verringert	
n		

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:  
Ausführliche Begründung